

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 11.09.2013
Sitzung Nummer:	31 ( SFFGA/31/2013)
Sitzungsdauer:	17:00 – 18.55 Uhr
Sitzungsort:	Teestube Maranatha, Heinrich-Zille-Straße 3, 39576 Hansestadt Stendal

---

Dr. Helga Paschke  
Vorsitzende

---

Aline Klostermann  
Protokollführung

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Frau Dr. Helga Paschke

#### Mitglieder

Herr Marcus Graubner

Herr Wolfgang März

Herr Günter Rettig

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

#### beratende Mitglieder

Herr Dr. Michael Kühn

#### sachkundige Einwohner

Herr John Völtzke

#### von der Verwaltung

Frau Birgit Hartmann

Frau Claudia Lange

Herr Björn Malycha

Frau Christiane Rütten

Herr Sebastian Stoll

#### Gäste

Herr Dr. Manfred Kessel

Herr Ewald Kittner

Frau Knöll

Frau Sabine Krause

Herr Bernd Zürcher

### **Abwesend:**

#### Mitglieder

Herr Gerhard Imig

Herr MR Dr. Volkmar Lischka

#### sachkundige Einwohner

Frau Steffi Kraemer

Frau Kerstin Schmidt

Frau Carola Stallbaum

Frau Margret Tappe

#### von der Verwaltung

Frau Dr. Iris Schubert

### **Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
  - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
  - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 30. Sitzung vom 10.07.2013
  - 4 Vorstellung der Einrichtung Teestube Maranatha
  - 5 Information zur Gemeinschaftsunterkunft im Landkreis Stendal und Umsetzung der Leitlinie des Landes Sachsen-Anhalt zur Unterbringung von Asylbewerbern nach dem Aufnahmegesetz
  - 6 Vorstellung des Integrationskoordinators des Landkreises Stendal
  - 7 Tätigkeitsbericht der Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten und Mitarbeiterin im Netzwerk für Migranten - Berichterstatte Frau Hartmann
  - 8 Anfragen und Hinweise
- 

### **Protokoll**

#### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Frau Dr. Paschke begrüßt die anwesenden Mitglieder des Sozialausschusses, die Sachkundigen Einwohner, die Vertreter der Organisationen in der Migrantenarbeit, die Gäste und die Vertreter der Verwaltung.

#### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird bestätigt. Der TOP 6 Vorstellung des Integrationskoordinators wird vorgezogen.

#### **zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 30. Sitzung vom 10.07.2013**

Die Niederschrift der 30. Sitzung vom 10.07.2013 wird einstimmig bestätigt.

#### **zu TOP 4 Vorstellung der Einrichtung Teestube Maranatha**

Frau Miesterfeldt: Im Jahr 1989 wurde die Teestube Maranata gegründet. Im Jahr 1991 hat sich der Verein „Maranata“ gegründet, der heute innerhalb der Stadt Stendal ein soziales Netzwerk darstellt.

Wir haben schwerpunktmäßig folgende Projekte:

- Teestube Maranata mit Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche
- Hausaufgabenhilfe für Kinder und Jugendliche, Computerkabinett, Deutschhilfe für Migranten
- Männerfrühstück
- Frauenforum, Kreativkreis, Frauenfrühstück
- Seniorenkaffee
- CharityShop

Weitere Aktion ist die Paketaktion „Kinder helfen Kindern“ In Planung ist derzeit ein neues Projekt mit jugendlichen Asylbewerbern. Die jugendlichen Asylbewerber sollen dezentral untergebracht werden mit dem Ziel gemeinsamen leben, wohnen und beschäftigen. Der Verein arbeitet bereits seit einigen Jahren mit jungen Asylbewerbern. Ich würde mich freuen, wenn sich die Ausschussmitglieder für unser Konzept interessieren (Konzept wird zum Protokoll genommen).

Herr Graubner: Arbeitet die Teestube konfessionell übergreifend?

Frau Miesterfeldt: Der Verein arbeitet unabhängig von der Kirche.

Die Ausschussmitglieder erteilen 2 anwesenden Asylbewerbern Redeerlaubnis.

Herr Sharafi: Meine Name ist Hamid und ich komme aus Afghanistan. Ich wünsche mir die Möglichkeit einer Beschäftigung in Deutschland.

Herr Afshar: Mein Name ist Amir und ich komme aus Afghanistan. Seit 3 Jahren wohne ich im Asylbewerberheim. Dort geht es mir nicht gut, weil ich nicht verstanden werde. Im Asylbewerberheim habe ich keine Privatsphäre. Ich habe auch keine Freunde, weil ich im Asylbewerberheim wohne. Ich wünsche mir eine Beschäftigung, weil ich nicht vom Staat leben will. Ich bin dankbar, dass die Abgeordneten gekommen sind. Es muss mehr darauf geachtet werden, wie es den Asylbewerbern geht.

Frau Dr. Paschke: Die Asylbewerber sind seit 3 Jahren im Landkreis Stendal. Von ihrem Einkommen, welches 315 € monatlich beträgt haben sie einen Hauptschulabschluss finanziert. Dieser hat 500 € gekostet. Dennoch haben sie keine berufliche Perspektive, weil sie noch im Asylverfahren sind. Beide leben immer noch in der Zentralen Unterkunft in der sie keine Privatsphäre haben, das ist sehr bedrückend. Es gehört auch zur Willkommenskultur, dass man sich darum bemüht was man für diesen Personenkreis tun kann, ohne das Gesetz zu brechen.

Hier gibt es bezüglich der Unterbringung Spielräume, die noch nicht vollständig genutzt werden.

Herr Rettig: Wir haben gehört, dass beide Asylbewerber keine Sozialleistungen beanspruchen möchten. Sie wollen sich integrieren. Ein Asylbewerber hat bereits ein Praktikum in einem Handwerksbetrieb absolviert. Jedoch fehlt es in Moment an beruflichen Perspektiven. Dieser Umstand ist auch psychisch problematisch für die jungen Asylbewerber.

Herr Dr. Richter-Mendau: Die Erteilung der Arbeitserlaubnisse muss auf Landes- und Bundesebene erklärt werden. Die Frage ist, weshalb dieses nicht ernster diskutiert und durchgesetzt wird. Gemeinschaftsunterkünfte sind oft stigmatisierend. Die gesamte gegenwärtige Situation ist unbefriedigend. Für die dezentrale Unterbringung sollte man sich einsetzen.

Herr Graubner: Ich möchte meine Hilfe anbieten für die Asylbewerber, die die deutsche Sprache lernen wollen. Ich habe viele Bücher. Diese würde ich den Asylbewerbern zur Verfügung stellen. Die Probleme im Rahmen des Asylverfahrens müssen gelöst werden. Jedoch sagt keiner wann und wie.

Frau Dr. Paschke: Heute ist nicht alles klärbar, aber wir können sehen, was im Landkreis Stendal umsetzbar ist. Deshalb erfolgt eine erste Diskussion was der Landkreis bezüglich der Unterbringung von Asylbewerbern beabsichtigt.

## **zu TOP 5 Information zur Gemeinschaftsunterkunft im Landkreis Stendal und Umsetzung der Leitlinie des Landes Sachsen-Anhalt zur Unterbringung von Asylbewerbern nach dem Aufnahmegesetz**

Frau Lange: Die Ausländerbehörde des Landkreises Stendal hat mit vielen jungen Menschen und Familien zu tun. Als Behörde sind wir auch nicht immer mit allen Umständen des Asyl-

verfahrens zu Frieden. Die Anträge auf Asyl werden jedoch nicht vom Landkreis Stendal entschieden, sondern durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Diese Anträge dauern teilweise über mehrere Jahre bis zur endgültigen Entscheidung.

Der Status Asylgestattung bedeutet, dass über den Antrag noch nicht abschließend durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entschieden wurde. Deshalb können noch keine aufenthaltsverfestigende Maßnahme (Sprache, Schule, Arbeit) durchgeführt werden. Personen mit einer Gestattung sollen in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht werden.

Daneben gibt es die Gruppe der geduldeten Asylbewerber. Deren Antrag auf Asyl ist abgelehnt. Allerdings ist die Ausreise aus tatsächlichen Gründen nicht möglich, weil z. B. keine Pässe vorliegen oder die Identität nicht abschließend geklärt ist. Ein Aufenthaltstitel wird hier nicht erteilt. Diese Verfahren können Jahre dauern. Die Gemeinschaftsunterkunft in Stendal hat 47 Wohnungen und eine Kapazität von 250 Plätzen. Die Wohnungsstruktur ist eine Besonderheit im Land Sachsen-Anhalt.

Z. Z. werden verstärkt Asylbewerber dem Landkreis Stendal zugewiesen. Von September '13 bis Dezember '13 werden weitere 90 Personen erwartet. Besteht die Möglichkeit der Erweiterung um 50 Plätze. Derzeit befinden sich 239 Personen in der Gemeinschaftsunterkunft. Am 31.08.2013 waren es 222 Personen. Die Asylbewerber kommen aus 13 Herkunftsländern. Es gibt staatenlose Personen und Personen deren Herkunftsland ungeklärt ist. (Anzahl und Länder können der beiliegenden Dokumentation des Protokolls entnommen werden.)

Herr Graubner: Wie wird das Asylverfahren geklärt, wenn Asylbewerber staatenlos sind?

Frau Lange: Die Klärung erfolgt über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Am 25.07.2013 hat das Landesverwaltungsamt des Landes Sachsen-Anhalt die Gemeinschaftsunterkunft in Stendal überprüft. Im Protokoll wird zur Gemeinschaftsunterkunft folgende Aussage getroffen: „Die Gemeinschaftsunterkunft hinterlässt einen positiven Eindruck. Das Personal ist gut qualifiziert, es gibt ein hohes soziales Engagement besonders hervorzuheben ist die Kinder- und Hausaufgabenbetreuung.“

Die Voraussetzungen für die Unterbringung in einer Wohnung sind nach den neuen Leitlinien:

- Familien oder Alleinreisende mit mindestens einem mind. Kind nach 6 Monaten,
- übrige Familien nach Ablauf von 3 Jahren.

Das Ministerium des Innern geht davon aus, dass eine Wohnungsunterbringung im Sinne der Leitlinien nur dann vorsieht, wenn auch eine eigenverantwortliche und selbständige Nutzung durch die Bewohner erfolgt. D. h. die Personen müssen sich selbst eine Wohnung suchen. Unterstützung erhalten sie dabei durch das Personal der Gemeinschaftsunterkunft. Im Landkreis Stendal könnten sich 127 Personen entsprechend der Leitlinie eine Unterkunft suchen. Es ist vorgesehen, dass die Asylbewerber selbständig ihren Mietvertrag mit dem Vermieter abschließen. Das Ordnungsamt des Landkreises Stendal wird bis zum 30.09.2013 einen Entwurf für die dezentrale Unterbringung für die Asylbewerber entsprechend der Leitlinien vorlegen. Diesen Entwurf wird das Ordnungsamt mit der Hausführung, mit dem Sozialamt und dem Integrationskoordinator des Landkreises Stendal abstimmen. In Kraft treten soll die Endfassung ab dem 01.11.2013. Vorab ist dieses Konzept zur Bestätigung bis zum 25.10.2013 dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt vorzulegen.

Herr März: Die gesamte Situation mit den Asylbewerbern ist schwierig. Deutsch dürfen nur die lernen, die auch hier bleiben können. Das ist sehr unverständlich. Die Presse sollte hier mehr auf die rechtlichen Dinge aufmerksam machen, weil sehr oft der Anschein entsteht, dass die Asylbewerber nicht wollen.

Herr Malycha: Die Asylbewerber dürfen von sich aus Deutsch lernen. Jedoch erhalten sie keinen staatlich finanzierten Deutschkurs.

Herr Rettig: Die Sprachbarriere wird sich als großes Hindernis bei der Suche nach einer Wohnung herausstellen. Können die Ausländer kein Deutsch, sind sie teilweise stigmatisiert und erhalten keine Wohnungen. Hier ist auch die Verwaltung.

Herr Dr. Kühn: Bei einem Wohnungsleerstand von 10% in der Hansestadt Stendal dürfte es kein Problem sein, z. B. bei der Stendaler Wohnungsgesellschaft zu bekommen.

Frau Lange: Asylbewerberfamilien haben oft viele Kinder. Große Wohnungen zu bekommen ist ein Problem. Für eine Familie mit 11 Personen hat die Stendaler Wohnungsgesellschaft jetzt 2 Wohnungen verbunden.

Herr Dr. Richter-Mendau: In welcher aufenthaltsrechtlichen Situation befinden sich die hier anwesenden Männer?

Frau Lange: Beide Personen sind in der Gestattung. Ihr Asylverfahren ist nicht abgeschlossen.

Herr Dr. Richter-Mendau: Wie wird gewährleistet, dass Kinder von Roma ihre Schulpflicht erfüllen.

Frau Lange: Bei diesem Personenkreis ist es grundsätzlich etwas schwierig. Es gibt jedoch eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Komarov Schule, in welche diese Kinder eingeschult werden. Kommen Kinder nicht zur Schule, informiert die Komarov Schule die Sozialarbeiter der Gemeinschaftsunterkunft. Diese achten dann darauf, dass die Kinder zur Schule gehen.

Frau Hartmann: Grundsätzlich ist es nicht üblich, dass eine Schulpflicht für Kinder mit Aufenthaltsgestattung und Duldung besteht. Im Landkreis Stendal hat seinerzeit der Arbeitskreis „Fremde brauchen Freunde“ dafür gesorgt, dass diese Kinder zur Schule gehen.

Herr Graubner: Hat es sich denn bewährt, dass alle diese Kinder in die Komarov Schule gehen? Stellt dies nicht eventuell ein Stigma da und führt zu Gettoisierung.

Frau Hartmann: In der Komarov Schule haben wir Integrationsklassen. Dort wird auf die Schule vorbereitet. Zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt dann auch die Verteilung auf die anderen Schulen der Stadt Stendal.

Frau Dr. Paschke: Abschließend ist zu sagen, dass wir als Landkreis Stendal nicht alle Möglichkeiten der dezentralen Unterbringung nutzen. Auch für die beiden jungen Afghanen gäbe es die Möglichkeit, sie in Wohnungen unterzubringen. Denn wenn die Menschen zu uns kommen, waren sie bereits einige Zeit in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Halberstadt untergebracht. Wir hatten in einem vorhergehenden Sozialausschuss bereits angeregt zu schauen, welche Wohnungen zu den Familien passen könnten. Damals hat der Landrat gesagt, dass dieses mehr Geld kostet. Eine Anfrage der Grünen im Landtag zeigt aber, dass diese Aussage nicht sicher ist. Die Ausländerbehörde ist hier mehr in der Pflicht. Es gab auch schon vorher die Möglichkeit der dezentralen Unterbringung. Ich hätte erwartet, dass hinsichtlich des Konzeptes dem Kreistag eine Mitteilungsvorlage vorgelegt wird. Das Konzept muss bereits am 25.10.2013 im Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt vorliegen. Auch wenn es übertragener Wirkungskreis ist, sollte der Kreistag hier ausführlicher informiert werden und eine Mitsprachemöglichkeit erhalten. Auf jeden Fall sollte der Landkreis Stendal seine Spielräume besser nutzen. Viele Genehmigungen dauern einfach zu lange.

Herr Stoll: Es war nicht das Ansinnen der Ausländerbehörde mit einem fertigen Konzept aufzuwarten. Eine Grobfassung wird eventuell bis zum 30.09.2013 erarbeitet sein. Aus diesem Grund haben wir auf der heutigen Beratung nicht mehr präsentiert. Selbstverständlich werden die Mitglieder des Kreistages durch die Verwaltung zum Unterbringungskonzept informiert. Allerdings hat das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Leitlinien erst im August 2013 nähere Angaben der Umsetzung bekanntgegeben.

Frau Dr. Paschke: Die Möglichkeit der Einbindung der Mitglieder des Kreistages ist zu prüfen.

## **zu TOP 6 Vorstellung des Integrationskoordinators des Landkreises Stendal**

Herr Malycha: Meine Arbeit als Integrationskoordinator des Landkreises Stendal habe ich zum 01.07.2013 begonnen. Vorher habe ich 9 Jahre im Zentrum für Demokratie in Berlin-Köpenick im Bereich politische Bildung gearbeitet. Von der Ausbildung bin ich Sozialpädagoge.

Zunächst habe ich mir einen Überblick über die Projekte und Akteure im Landkreis Stendal verschafft. Meine Themenfelder sind die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk für Migranten, die Fortschreibung des Rahmenplanes für Integration. Bezüglich des Rahmenplanes geht es nunmehr darum, den Stand der Umsetzung zu prüfen und sich neue Ziele zu setzen und auch neue Themen zu benennen. Ein Schwerpunkt meiner Arbeit wird die Netzwerkarbeit sein. Für 2014 haben wir uns vorgenommen, für den

Landkreis Stendal eine Begrüßungsmappe zu erstellen. Ich werde Projekte mit der Städtischen Volkshochschule durchführen. Begonnen habe ich damit eine Schule im Landkreis Stendal für das Thema „Schule ohne Rassismus“, „Schule mit Courage“ zu gewinnen. Hier wird es eine Zusammenarbeit mit der Hochschule im Landkreis Stendal geben. Gemeinsam mit dem Jobcenter Stendal werden wir mit Migranten weitere Projektideen erarbeiten und umsetzen.

Auch im Jahr 2014 wird es wieder zahlreiche Begegnungsprojekte geben. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und den damit einhergehenden Fachkräftemangel ist eine gute Willkommenskultur anzustreben. In diesem Zusammenhang wird es auch eine Zusammenarbeit mit dem BIC geben. Wir wollen Wirtschaftsvertreter dafür gewinnen, ausländische Fachkräfte einzustellen.

Frau Krause DRK: Ich bin Mitarbeiterin der Migrationsberatung des DRK im Landkreis Stendal. Das DRK betreibt 2 Beratungsstellen. 1 für erwachsene Zuwanderer, Personen mit Aufenthaltstitel und 1 für die gesonderte Beratung und Betreuung nach dem Aufnahmegesetz. Diese Beratungsstelle ist für Personen die keinen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland haben (Asylbewerber, geduldete ehemalige Asylbewerber). Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Durchführung von Integrationskursen.

Frau Knoll DRK: Ich arbeite schon seit vielen Jahren in der Integrationsberatung. Seit Februar 2013 bin ich Mitarbeiterin für die gesonderte Beratung und Betreuung nach dem Aufnahmegesetz. Meine Aufgabe ist es Asylbewerber und geduldete ehemalige Asylbewerber zu beraten, hinsichtlich ordnungsrechtlicher, sozialer, familiärer Angelegenheiten.

#### **zu TOP 7 Tätigkeitsbericht der Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten und Mitarbeiterin im Netzwerk für Migranten - Berichterstatte Frau Hartmann**

Frau Hartmann: Der Tätigkeitsbericht der Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten und Mitarbeiterin im Netzwerk für Migranten ist allen Mitgliedern des Ausschusses und den Sachkundigen Einwohnern zugewandt deshalb wird an dieser Stelle nur auf bestimmte Schwerpunkte eingegangen.

Im Rahmen meiner Arbeit habe ich mich schwerpunktmäßig um die Integration von Migranten gekümmert, ein Arbeitspapier für die barrierefreie Buga erarbeitet und an der Eröffnung der Bahnhofsmision mitgewirkt. Im Rahmen meiner Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte leitete ich die Projektgruppe „Gemeinsam gegen Gewalt“. Ich habe begonnen gemeinsam mit den Gleichstellungsbeauftragten der Einheitsgemeinden und Verbandsgemeinden im Landkreis Stendal Außensprechtage durchzuführen. Diese Außensprechtage werden sehr gut angenommen. Ab dem Jahr 2014 werde ich die Veranstaltungen zum Frauentag auch in den anderen Städten im Landkreis Stendal durchführen. Ich arbeite eng mit der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt im Jobcenter Stendal zusammen. Der Landrat hat mit der Geschäftsführerin des Jobcenters Stendal, Frau Dr. Emmer ein Kooperationsvertrag abgeschlossen. Für Migrantinnen in der Hansestadt Osterburg konnte ich einen Deutschkurs organisieren.

Herr Dr. Richter-Mendau: Wie muss man sich das vorstellen, dass sie den Deutschkurs in Osterburg begleitet haben?

Frau Hartmann: Ich habe in der Hansestadt Osterburg einen Außensprechtage durchgeführt. Zu diesem Sprechtag sind auch Migrantinnen gekommen. Gemeinsam mit dem DRK und dem Netzwerk habe ich eine Möglichkeit organisiert, dass diese an einem Deutschkurs teilnehmen können.

Herr Rettig: An ihrer sehr fleißigen Arbeit habe ich keine Zweifel. Den Tätigkeitsbericht habe ich mir aber anders vorgestellt. Zu den einzelnen Schwerpunkten sollten auch Ergebnisse der Arbeit genannt werden, nicht nur die Auflistung der durchgeführten Veranstaltungen. Die Zusammenarbeit mit der Polizei, der Verwaltung und anderen Gremien ist an den Ergebnissen zu messen, nicht nur an den Terminen. Weiterhin hätte ich mir auch gewünscht, dass eine Aussage getroffen wird, welche Probleme sie bei ihrer Arbeit haben und wo der Kreistag eingreifen kann.

**zu TOP 8 Anfragen und Hinweise**

Frau Dr. Paschke bedankt sich auch im Namen der Ausschussmitglieder bei Frau Miesterfeldt für die Möglichkeit, diese Tagung in den Räumlichkeiten der Teestube Maranata durchführen zu können.

Es gibt keine weiteren Hinweise und Anfragen.